



Partei - Newsletter



2. FEBRUAR 2010

CSP DÜDINGEN

AUSGABE 1, 2009

Dezember – CSP-Anfrage an der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember

12.12.2009

Anfrage zum Studium für einen Ortsbus in Düdingen

Sehr geehrte Damen & Herren Gemeinderäte

Die CSP-Düdingen hat die Frage einer Ortsbus-Realisierung, parteiintern diskutiert und erhielt bei einer Anfrage bei der TPF eine recht ausführliche Vorstudie zu einem Ortsbus-System in Düdingen.

In der Beilage sind die Details dazu beschrieben. Der CSP ging es darum, einmal in einer Vorstudie generell abzuklären ob ein Ortsbussystem überhaupt machbar ist und zu welchen Kosten.

Linie A wäre: Eishalle – Chännelmattstrasse – Hauptstrasse – Bahnhof – Bahnhofstrasse – Brugerastrasse – Haslerastrasse – Tennis

Linie B wäre: Bahnhof – Bahnhofstrasse – Gänsebergstrasse – Kichstrasse – Ottisbergstrasse – Kreuzung Weidstrasse

Die Kosten (laut Vorprojekt der TPF) sind, CHF 1, 2 Mio. /J Die geschätzten Einnahmen (Billette) sind ca. CHF 121'000.- Somit ist eine Kostendifferenz von ca. 1,1 Mio. aufzuteilen auf Kantonale- Agglo- und Gemeindebeiträge.

Laut KT-Verkehrsgesetz (Art.41b) übernimmt der Kanton 60% der Kosten. Da wir im Cutaf-Verbund (der jetzt in die Agglo eingeflossen ist) noch wenig an Leistungen bezogen haben ist sicher eine hohe Bereitschaft der Agglo-FR, in der Sache zu erwarten und der verbleibenden Kostenbeitrag von 40% (ca. CHF 400'000 / J) würde gemäss Art. 41b, al.2 auf die betroffenen Gemeinden verteilt.

Eine Ortsbuslösung ist somit für die Gemeinde Düdingen sehr günstig zu haben.

Wir bitten den Gemeinderat sich diese Studie einmal anzusehen, mit der TPF genau zu besprechen und bis in der Mai-Gemeindeversammlung 2010 uns, der Gemeindeversammlung, eine Antwort darauf abzugeben, damit evtl. dies im Budget fürs 2011 vorgesehen werden kann. Wir bitten um Kenntnisnahme

Mit freundlichen Grüssen

Der Vorstand der CSP-Düdingen

Beatrice Steiner

Wolfgang Portmann

Monika Baechler

Mario Sturny

Bruno Baeriswyl

2. FEBRUAR 2010

NEWSLETTER – CSP DÜDINGEN

AUSGABE 1, 2009

Seite 1 von 10

Dezember – Stellungnahme zum Voranschlag 2010 der Gemeindeversammlung vom 10. Dezember

12.12.2009

- Das Budget ist zum 3. Mal in Folge nicht ausgeglichen, wie es das Gemeindegesetz grundsätzlich vorschreibt. Das Defizit beträgt CHF 990'000.–
- Der Gemeinderat hat in seinen wichtigsten Legislaturzielen 2006-2011 Schuldenabbau und ein ausgeglichenes Budget als vorrangiges Ziel erklärt – davon ist er weit entfernt
- Die Lohnkosten steigen mit 3.5 % weiter stark an Für das Jahr 2009 betrug die Erhöhung knapp 5 %.
- Der Gemeinderat schreibt in seinem Kommentar zum Voranschlag, er habe den Aufwand-Überschuss nur Dank streng auferlegter Ausgabeprioritäten und mit einschneidenden Sparmassnahmen im Rahmen halten können. ==> *Die CSP ist der Meinung, dass z. B. die vorgesehenen CHF 20'000 für eine Studie für den Ausbau des Gemeindehauses aufgrund der finanziellen Perspektiven keine Priorität hätte und stellte an der GV den Antrag diesen Posten aus dem Budget zu streichen – leider ohne Erfolg.*

Die CSP erwartet bis zum Ende dieser Legislatur einen markanten Schuldenabbau (im 2011 werden es sonst über 50 Millionen sein) und ein ausgeglichenes Budget.

Wenn dies beides nur noch mit einer Steuererhöhung realisierbar ist, so erwartet die CSP, dass noch der aktuelle Gemeinderat diese Steuererhöhung beantragt und dies nicht dem Nachfolgegemeinderat ab 2011 überlässt.

November – Generalrat in Düdingen

12.11.2009 – Am Martinsmärt vom 7. November in Düdingen hatten die Düdinger Ortsparteien – darunter auch die CSP – Gelegenheit, der Bevölkerung bezüglich Einstellung zum Generalrat auf den Zahn zu fühlen. Erstaunlich viele Bürgerinnen und Bürger tendieren zur traditionellen Gemeindeversammlung. Die CSP Düdingen hingegen vertritt zusammen mit allen anderen Parteien die Ansicht, dass in einer Gemeinde unserer Grösse – immerhin gehen wir auf 8'000 Einwohner zu – der Generalrat ein „Muss“ ist. Spätestens wenn die Gemeinde den 10'000. Einwohner zählt, wird der Generalrat ohnehin von Gesetzes wegen eingeführt.

An einer durchschnittlichen Gemeindeversammlung ist heute rund 1 % der Bevölkerung vertreten. Einen beträchtlichen Anteil können dabei Interessengruppen ausmachen, die sich an einer Gemeindeversammlung für „ihr Thema“ stark machen und eine Abstimmung daher massgeblich beeinflussen. Es kann nicht angehen, dass die Zukunft der Gemeinde von Lobbyisten bestimmt wird. Nur ein frei vom Düdinger Stimmvolk gewählter Generalrat bestehend aus Vertretern aller Ortsparteien und gegebenenfalls aus Vertretern von Interessengruppen vertritt die Bevölkerung repräsentativ. Von der Bevölkerung gewählte Interessengruppen-Vertreter, d. h. also nicht Parteivertreter wie z. B. Personen aus einem Quartier- oder Sportverein, können dann genau so mitreden wie die anderen Generalräte. Ganz im Gegensatz zur Gemeindeversammlung: dort nimmt die überwiegende Mehrheit der politisch Uninteressierten gar nicht erst teil und Geschäfte werden selten objektiv betrachtet.

Mit einem Generalrat verfügen die Mitglieder des Generalrats über den gleichen Wissensstand, da sie vorab durch den Gemeinderat über die Sachgeschäfte informiert werden. Der Gemeinderat hat überdies die Möglichkeit, durch die Präsentation seiner Geschäfte vor dem Generalrat direkt und unmittelbar Rückmeldung darüber zu erhalten, ob er sich auf dem richtigen Weg befindet oder ob gegebenenfalls ein Kurswechsel nötig ist. Dieser Umstand wurde kürzlich mehrfach als „Kontrolle“ bezeichnet. Dies ist so zu einseitig betrachtet – der Gemeinderat erhält eine Reflektion aus einem repräsentativen Gremium (dem Generalrat), dies ist von grosser Bedeutung für die weiteren Schritt-

te eines Geschäfts. Dadurch sind Gemeinderatsentscheide (wie kürzlich die Zustimmung zur Agglo) besser auf die tatsächliche Meinung der Düdinger Bevölkerung abstimmbar und ein Sologang des Gemeinderates weitgehend ausgeschlossen.

Generalratssitzungen sind überdies öffentlich. Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben nach wie vor die Möglichkeit, sich über die laufenden Gemeindegeschäfte zu informieren. Mit dem Referendum oder einer Initiative können sie – mit der entsprechenden Unterschriftenanzahl – jederzeit Einfluss auf die Entscheide des Generalrats nehmen. Der Generalrat beschneidet also keineswegs die Rechte der Bevölkerung.

Die CSP-Düdingen möchte somit ihre Wähler für die Abstimmung am 29. November bitten, ein klares " Ja " auf den gelben Stimmzettel zu schreiben.

November – Martinsmarkt am 7. November in Düdingen

09.11.2009



November – Martinsmarkt am 7. November in Düdingen

02.11.2009 – Überparteiliche Polit-Arena in einem Zelt vor dem Gemeindehaus.



November – Herbstausflug mit Fondue

01.11.2009



Oktober – Alterspolitik

25.10.2009 – Für die CSP Freiburg ist seit langem klar: die Alterspolitik muss auf Kantons- und Gemeindeebene verstärkt werden. Diesbezüglich können wir Erfolge verbuchen: Als Folge unserer politischen Arbeit hat der Kanton Freiburg den Auftrag erhalten, einen „Bericht über eine umfassende Politik zugunsten Betagter“ zu verfassen. Weiter haben wir eine Volksmotion mit dem Titel „Für günstige und angemessene Alterswohnungen“ beim Kanton eingereicht. Und an der Delegiertenversammlung vom August 2009 verabschiedeten wir ein Grundlagenpapier zur Alterspolitik. Es zeigt unsere Ideen und Lösungsvorschläge für eine zukunftsfähige Alterspolitik auf.

Alterspolitik: Die grosse Herausforderung

Es ist erfreulich: Menschen können in der heutigen Zeit ein längeres Leben erwarten. In den nächsten Jahrzehnten kommen zudem die geburtenreichen Jahrgänge ins Rentenalter. Die Folge: Bis 2050 steigt die Zahl der Personen ab 80 Jahren um rund 180 %. Der Personalbedarf in den Alters- und Pflegeheimen und für die Spitexdienste wird dadurch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erheblich steigen. Das hat auch Auswirkungen auf die Kosten für die Langzeitpflege. Diese Prognosen müssen wir heute ernst nehmen, damit wir morgen bereit sind, die Aufgaben zu lösen.

Politische Ziele der CSP

1. Im Betagtenbereich ist eine hohe Versorgungssicherheit zu garantieren, damit Altern in Würde möglich bleibt. Konkret heisst dies: Es müssen genügend Personen zur Betreuung betagter Menschen ausgebildet werden.
2. Die Betagtenbetreuung muss so organisiert sein, dass der Betagtenbereich finanzierbar ist. Dies bedeutet, dass Strukturen aufgebaut werden, die es ermöglichen, dass ältere Personen so lang als möglich zu Hause wohnen können.
3. Die Bevölkerungsentwicklung darf nicht zu Konflikten zwischen Jung und Alt führen. Der Politik muss es gelingen, die generationenübergreifende Solidarität zu stärken.

Wofür setzt sich die CSP ein?

- +Massnahmen und Projekte, welche es älteren Personen ermöglichen, länger zuhause zu leben
- +günstige und angemessene Alterswohnungen auf Gemeinde- und Regionalebene
- +ein klares kantonales Konzept über den Bedarf an Pflege- und Betreuungspersonal

- +genügend Lehrstellen im Gesundheits- und Sozialbereich, auch für Deutschsprachige
 - +ein zukunftsgerichtetes, neues Hausarztmodell im Hinblick auf eine optimale gesundheitliche Versorgung der älteren Bevölkerung
 - +die Erarbeitung eines Konzepts für präventive Hausbesuche
 - +Übergangsstrukturen nach einem Spitalaufenthalt
 - +Beratungen in Bezug auf das Wohnen im Alter
 - +eine vertiefte Diskussion der gesellschaftlichen Rolle der Seniorinnen und Senioren
 - +eine Stärkung der Freiwilligenarbeit zugunsten Betagter
-

Oktober – Generalrat oder Gemeindeversammlung?

22.10.2009 – Wir haben am 23. Oktober 2008, in einer erweiterten Vorstandssitzung das Thema Generalrat oder Gemeindeversammlung diskutiert.

Die Abstimmung ergab, dass wir als CSP auch zum Initiativkomitee für eine Generalratseinführung dazugehören und der kommenden Abstimmung positiv gegenüberstehen.

Wir haben uns an der GV am 4. April 2008 mehrheitlich noch gegen einen Generalrat (jedoch mit einigen Enthaltungen) entschieden. Gespräche haben zwischenzeitlich ergeben, dass die Meinung der CSP-Mitglieder geändert hat und die Wiedereinführung eines Generalrates in Düringen unterstützen.

Oktober – Nein zur Minarett-Initiative

12.10.2009 – Die CSP Schweiz lehnt die Minarett-Initiative ab. Sie ist unnötig, unverhältnismässig und widerspricht den Grundwerten der Religionsfreiheit. Es ist das erste Mal, dass die Schweiz über ein eng mit dem Islam verknüpftes Thema abstimmt. Es ist zu befürchten, dass neben der Diskussion über juristische Fragen in der Abstimmungskampagne Ängste geschürt werden und ein verzerrtes Bild des Islam heraufbeschworen wird. Die Annahme der Initiative löst keine Probleme, sondern schafft neue.

Die Initiative widerspricht den Grundwerten der Schweiz

Die Initiative gibt vor, unsere Kultur zu schützen. Unsere Gesellschaft basiert aber gerade auch auf Religionsfreiheit. Willkür, Ausgrenzung und Diskriminierung anderer Religionen hingegen sind zu tiefst unschweizerische Werte.

Die Initiative ist unverhältnismässig

Die Verankerung eines flächendeckenden, ausnahmslos geltenden Verbots für den Bau neuer Minarette in der Bundesverfassung wäre ein unverhältnismässiger Eingriff in zentrale Grundrechte. Das Volksbegehren steht im Widerspruch zum Prinzip der Rechtsgleichheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie des Diskriminierungsverbots.

Die Initiative ist verfassungswidrig

Die Bundesverfassung garantiert, dass alle Menschen in unserem Land ihren Glauben in den Schranken der Rechtsordnung frei ausleben können. Die Initiative hätte zur Folge, dass es zu einer Ungleichbehandlung kommt, da bei Annahme der Initiative auf Verfassungsniveau nur eine Art von religiösen Bauten verboten wäre. Damit würden nur Ängste und fremdenfeindliche Gefühle gegen einen Teil der Bevölkerung verstärkt und der Diskriminierung Vorschub geleistet, der die Musliminnen und Muslime in der Schweiz bereits heute im Alltag ausgesetzt sind. Bei einer Annahme der Volksinitiative ist zudem mit grösster Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz in einem Beschwerdeverfahren wegen Verletzung der europäischen Menschenrechtserklärung verurteilen würde.


Die Initiative ist unnötig

Die Initiative wurde lanciert, um Befürchtungen Rechnung zu tragen, dass Musliminnen und Muslime in der Schweiz ein unseren Werten widersprechendes Rechtssystem durchsetzen könnten. Unser Rechtssystem sieht aber bereits Massnahmen vor, um solchen Befürchtungen zu begegnen und die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen der Schweiz zu sichern. Die Bundesverfassung und die schweizerische Rechtsordnung gelten selbstverständlich für die hier lebenden Musliminnen und Muslime ebenso wie für alle anderen Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes.

Die CSP Schweiz ruft die Schweizer Bevölkerung auf, die grundlegenden Werte unserer Gesellschaft zu verteidigen und die Minarett-Initiative klar abzulehnen.

September – Generalrat Düdingen

20.09.2009 –



Generalrat in Düdingen?

Öffentlich, überparteiliche Informationsveranstaltung im PODIUM Düdingen

Montag, 5. Oktober 2009 um 19.30 Uhr

Eintrittsreferat: «Gemeindeparlament – Demokratische Einrichtung oder Demokratiedefizit?»

Dr. iur. Bernhard Waldmann
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Uni Freiburg

Am anschliessenden Diskussionspodium nehmen teil:

Christoph Nussbaumer
Chefredaktor FN, Gesprächsleiter



Christiane Feldmann
Stadtpräsidentin Murten, Grossrätin

Andrea Burgener Woeffray
Generalrätin Freiburg,
Fraktionspräsidentin SP, Grossrätin

Markus Bapst
Präsident des Initiativkomitees, Grossrat

Die ganze Bevölkerung ist herzlich eingeladen!

Das Initiativkomitee: «Generalrat Düdingen»

September – Eidgenössische Abstimmung vom 27. September

20.09.2009 – Ein starkes JA zur Zusatzfinanzierung der IV.

Die CSP Schweiz hat an ihrer Delegiertenversammlung in Zürich einstimmig die Ja-Parole zur befristeten Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung beschlossen. Den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative akzeptiert die CSP mit Wehmut.

Einstimmig haben die Delegierten der CSP Schweiz die Ja-Parole zur befristeten Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung, über die am 27. September abgestimmt wird, beschlossen. Dass die massive Verschuldung der Invalidenversicherung gestoppt werden muss, ist unbestritten. Die Abstimmungsvorlage des Bundesrates sieht vor, dafür die Mehrwertsteuer für sieben Jahre um 0.4 % anzuheben. Zudem wird die IV von der AHV abgekoppelt und ein eigener IV-Ausgleichsfonds eingerichtet. Diese Sanierungsmassnahme ist aus Sicht der CSP Schweiz notwendig. Heute werden die Defizite der IV aus dem Ausgleichsfonds AHV/IV gedeckt, was mittelfristig auch die AHV in Bedrängnis bringt. Da die IV Teil der 1. Säule ist, darf die Finanzierungslast nicht allein den Erwerbstätigen aufgebürdet werden, wie dies mit der Erhöhung von Lohnprozenten der Fall wäre. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 % stellt nach Meinung der CSP eine geringere Zusatzbelastung für die jüngere erwerbstätige Generation dar und stärkt die solidarische Finanzierung der Sozialwerke.

Beat Bloch, CSP-Kantonalpräsident Zürich, referierte zum „Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative“. Die CSP Schweiz steht angesichts der Umsetzungsprobleme des heutigen Systems hinter dieser Vorlage, bedauert aber die Beschneidung eines Volksrechts. Sie will sich für die Schaffung der Gesetzesinitiative auf Bundesebene einsetzen.

Die globale Wirtschaftskrise war für die CSP Grund genug, sich mit der Zukunft der Sozialversicherungen auseinanderzusetzen. Angesichts festgefahrener Revisionsvorhaben vertrat Nationalrätin Marie-Thérèse Weber-Gobet die Meinung, es gelte neue Ideen zu entwickeln. Die Finanzierung müsse gesichert sein, was einerseits Einsparungen brauche, andererseits sei es wichtig, die Solidarität unter allen Bevölkerungskreisen zu stärken. Ein Leistungsabbau dürfe nicht einseitig Personen mit kleinen und mittleren Einkommen benachteiligen.

August – Käsebergausflug Juli 09

14.08.2009



Mai – Düdingen eventuell gar keine Umfahrungsstrasse!?

14.05.2009 – Die CSP Düdingen und der Verein für die optimale Verkehrserschliessung von Düdingen (VOVD) wollen, dass vor der Umfahrungsstrasse die Poyabrücke und der Autobahnanschluss Friseneit gebaut werden.

Die CSP Düdingen und der VOVD zeigen sich in einer Stellungnahme zur „Verkehrsstudie unterer Sensebezirk“ (FN vom 30. April und 1. Mai) erfreut darüber, dass die Verkehrssituation im Sensebezirk regional gelöst werden soll. Sie sind zufrieden mit dem vorgeschlagenen Lösungsweg „Autobahnanschluss Friseneit“. Erstaunt zeigen sie sich aber darüber, dass die Umfahrung von Düdingen nicht Bestandteil der Studie war und als gegeben vorausgesetzt wurde.

Für Durchgangsverkehr unattraktiv machen

„Die Studie hat gezeigt, dass die Poyabrücke und die Friseneit-Lösung die Fahrzeuge in Düdingen von 16'800 auf 6'900 reduzieren werden, in Flamatt von 12'100 auf 7'300 und in Bösingens von 3'100 auf 900“, halten sie in ihrer Stellungnahme fest und betonen, dass dies klar zeige, dass die Poyabrücke in erster und die Friseneit-Variante in zweiter Priorität gebaut werden müssen.

Zudem werde mit den geplanten Valtraloc-Massnahmen im Dorf Düdingen das Dorf für den Durchgangsverkehr unattraktiv. Einerseits werde der Verkehr in Tifers und Mariahilf Richtung Poyabrücke (für Pendler Richtung Freiburg) und andererseits Richtung Müllital/Anschluss Friseneit (für Pendler Richtung Bern) geleitet.

Von den verbleibenden 6'900 Fahrzeugen, die durch Düdingen fahren, können 1'950 dem Binnenverkehr, 3'400 dem Quell-/Zielverkehr und 1'550 dem Durchgangsverkehr zugeordnet werden. „Somit ist belegt, dass Düdingen unter Umständen gar keine Umfahrung (für den Durchgangsverkehr) mehr braucht“, betonen CSP und VOVD. Es sei wichtig, den selbst verursachten Verkehr nicht auf einer Umfahrungsstrasse (V2) um Düdingen herum sondern grossräumig wegzuleiten.

V2 belastet Aussenquartiere

CSP und VOVD gehen davon aus, dass die V2 das Dorfzentrum mit rund 500 Einwohnern auf Kosten der Aussenquartiere mit rund 2'000 Einwohnern entlasten würde. Auch der Bund habe im Rahmen des Agglomerationsprogramms den Nutzen der V2 als nicht gegeben eingestuft, halten sie fest. Schliesslich bedauern CSP und VOVD, dass eine Zusammenarbeit mit den Behörden bislang nicht möglich war und ihnen die Studie bis zur Veröffentlichung vorenthalten wurde.

Mai – DÜDEX 09

07.05.2009 – Wir sind an der diesjährigen DÜDEX – kommen Sie doch vorbei!

Wir sind an der diesjährigen DÜDEX
kommen Sie doch vorbei!

DÜDEX 09
20.-24. MAI duedex.ch
GEWERBEAUSSTELLUNG DÜDINGEN

Wir sind am Stand 41 (gerade nach der Feuerwehr)
und messen am Stand Ihre politische Standfestigkeit.

Wir informieren Sie zusätzlich über die wichtigen Themen:

- Attestausbildung... was ist das?
- Nachhaltige Politik... aus Sicht der CSP



*Unser Stand im
Aussenbereich der DÜDEX*

Gleich gegenüber des Biergarten und angrenzend an den Stand der Feuerwehr Düdingen.

Auf dem Sprungmodul (im Hintergrund links) konnten alle Standbesucher ihre politische Standfestigkeit messen. Es war erstaunlich was da einige Dorfpolitiker für Werte hatten ...

März – 100 Tage im Amt als Nationalrätin

18.03.2009 – Am Montag vor einer Woche waren es genau hundert Tage her, dass ich im Nationalrat vereidigt wurde. In der ersten Session war vor allem Zuhören und Kontakte knüpfen angesagt. In der Zwischenzeit habe ich an diversen Kommissionssitzungen teilgenommen und erfahren, welche Themen dort traktandiert sind und wie gearbeitet wird. Ich bin Mitglied der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) und der Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Ausserdem arbeite ich in beiden Kommissionen in Subkommissionen und Arbeitsgruppen mit – zurzeit sind es vier.

Vieles ist schon klarer und verständlicher geworden. Ich fange nun an, eigene Ideen zu entwickeln und sie in die Politik hineinzutragen. Ich werde noch diese Woche Motionen im Bereich der Berufsbildung und der Weiterbildung einreichen.

Um als Mitglied einer kleinen Partei auf dem politischen Parkett kompetent agieren zu können, braucht es Rückhalt und ein Netzwerk von Personen, die mit mir mitdenken, indem sie mir

- Rückmeldungen geben und
- auf Probleme in ihrem Umfeld hinweisen.

Als Plattform dazu kann meine Homepage (www.weber-gobet.ch) dienen. Sie ist als Blog gestaltet. Das heisst, es besteht die Möglichkeit, dort Reaktionen und Ideen zu hinterlassen. Es freut mich, wenn Du sie regelmässig anklickst.

Freuen würde es mich auch, wenn Du Dich im **Unterstützungskomitee** einträgst (auf meiner Homepage „Kontakt“ anklicken und Adresse eingeben). Dann kann ich Dich regelmässig über meine politischen Aktivitäten informieren.

Danke, dass Du Dir die Zeit genommen hast, diese Zeilen zu lesen und meine Anliegen zur Kenntnis zu nehmen.

Alles Gute und beste Grüsse
Marie-Thérèse

Februar – Schmitten bereitet seiner Nationalrätin Weber-Gobet einen herzlichen Empfang

14.02.2009 – Nach 75 Tagen im Amt wurde die Wahl der ersten Senslerin ins Bundesparlament in ihrer Gemeinde gebührend gefeiert.

Schmitten, Freitag der 13. – für Marie-Thérèse Weber-Gobet kein schlechtes Omen. So wurde sie gestern Abend in Schmitten mit Glückwünschen und Gratulationen überhäuft. Die Familie, ihre Partei – die CSP – Gemeindevertreterinnen und -vertreter sowie viele andere waren gekommen, um der 52-jährigen ehemaligen Freiburger Grossrätin zu ihrer Wahl in den Nationalrat zu gratulieren. Nur einer fehlte – ihr Vorgänger Hugo Fasel. Dieser war entschuldigt. Er ist momentan auf Geschäftsreise in Kolumbien.

Interessanter Start

Heute könne sie als Nationalrätin genau das tun, was sie von ihren Eltern mit auf den Weg bekommen habe. Nämlich Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, erklärte Marie-Thérèse Weber-Gobet. „Ich freue mich riesig, hier zu sein. Dieser Empfang gibt mir Mut und Zuversicht.“ Bereits in ihrer ersten Session habe sie die Wahl eines Bundesrates und eines Freiburger Ständeratspräsidenten miterleben können. „Es war bisher sehr spannend und herausfordernd. Aber auch zeitlich aufwendiger als meine bisherige Tätigkeit“, sagte sie gegenüber den FN. So gäbe es in den Kommissionen – sie ist in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit sowie in der Geschäftsprüfungskommission – als Einsteigerin in einer Legislatur viel aufzuarbeiten.

Doch auch die Bankenkrise fiel in ihren Start im Nationalrat. „Jetzt ist es fehl am Platz, Privilegien zu verteidigen“, erläuterte sie im Hinblick darauf. „Nun heisst es zusammenstehen. Der Schwäche der Krise muss die Stärke der Solidarität entgegengesetzt werden.“ Die CSP-Politikerin und Mutter von drei Kindern propagierte eine Politik im Interesse des Herzens. „Damit wir und unsere Nachkommen eine sichere Zukunft haben.“

Januar – Delegiertenversammlung der CSP Freiburg

16.01.2009 – CSP sagt Ja zur SP-Steuerinitiative. Mit 9 zu 8 Stimmen haben die 19 CSP-Delegierten am Mittwochabend hauchdünn die Ja-Parole zur Initiative „gerechte Steuer-rückerstattung für alle“ beschlossen.

„Ich fühle mich nicht wohl“, meinte Madeleine Genoud-Page, Gemeinderätin und Verantwortliche für die Finanzen der Stadt Freiburg, nach einem Plädoyer von SP-Grossrat Raoul Girard für die Steuerinitiative. Nicht wohl, weil es nach ihrer Ansicht heute nicht angebracht ist, von Rückerstattungen zu reden. Sie dachte dabei an die vielen hochverschuldeten Gemeinden und speziell an die Stadt.

Stoppt Steuersenkungen

Vielmehr wünschte sie sich, dass der Grosse Rat aufhört, Steuersenkungen zu beschliessen, zumal künftig noch mehr Aufgaben auf die Gemeinden zukommen. Laut Raoul Girard ist es denn auch Hauptziel der SP-Initiative, weitere Steuersenkungen zu verhindern. Deshalb hoffte Madeleine Genoud-Page, dass mit einer klaren Ja-Parole zur Initiative ein starkes Signal ausgesendet wird, weitere Steuersenkungen zu stoppen. Mit 9 zu 8 Stimmen kam aber das erhoffte klare Signal nicht zustande.

Tagesstrukturen aufbauen

Einstimmig beschlossen die CSP-Delegierten die Ja-Parole für die 60 Millionen Franken, welche die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres erhalten, dies nach einem Referat von Bernadette Mäder, Schulpräsidentin von Schmitten. Weil die Gelder nicht zweckgebunden verteilt werden, hoffte sie, dass diese auch für den Aufbau von Tagesstrukturen eingesetzt werden.

HarmoS: Tritt das Konkordat bald dank Freiburg in Kraft?

Acht Kantone haben bisher einen Beitritt zum Konkordat „HarmoS“ (Harmonisierung der obligatorischen Schule in der Schweiz) beschlossen. Zehn müssen es sein, damit es in diesen Kantonen in Kraft tritt. „Freiburg könnte dieser zehnte Kanton sein“, sagte Reto Furter, Vorsteher des Amtes für den deutschsprachigen obligatorischen Unterricht, vor den CSP-Delegierten. Der Grosse Rat werde das Thema wohl in der kommenden Februar-Session behandeln. Treten 18 Kantone dem Konkordat bei, so ist HarmoS für alle Kantone obligatorisch.

„HarmoS ist nicht so harmlos“, meinte er. Es sei das bisher grösste Schulreformprojekt der Schweiz. Ziel sei es, die Lehrpläne zu harmonisieren. „Es legt fest, welche Kompetenzen die Schüler zu einem bestimmten Zeitpunkt erreichen müssen“, sagte Furter. Selbstverständlich könne ein Kanton die Latte in einem bestimmten Fach höher ansetzen, wie das Erlernen der ersten Fremdsprache im Kanton. Er konnte auch mitteilen, dass der Englisch-Unterricht in Deutschfreiburg im Jahre 2013 ab dem 5. Schuljahr eingeführt werde, etwas später im welschen Kantonsteil.